

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: D8 86 846 spbn d



Inhalt

Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert an den Abwurf der Atombombe über Hiroshima am 6. August 1945.
Seite 1

Heinz Westphal MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, weist auf die Verharmlosung der Beschäftigungskrise durch Unionspolitiker hin.
Seite 3

Karl Weinhofer MdB warnt vor den Gefahren der Bildschirmarbeit an dezentralen Arbeitsplätzen.
Seite 4

Dokumentation

Klaus Daubertshäuser protestiert bei Minister Dollinger wegen Mißachtung der parlamentarischen Arbeit.
Seite 6

38. Jahrgang / 148

5. August 1983

Die unüberhörbare Mahnung von Hiroshima

Zynische Mißachtung des Nichtverbreitungsvertrages durch die Supermächte

Von Hermann Scheer MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Zum 38. Mal fährt sich morgen der Tag, an dem die Atombombe auf Hiroshima gezündet wurde. Jahrzehntlang blieb das Gedenken an die Zerstörungen und Zerstörungsfolgen der Atomwaffen nur eine Angelegenheit der beiden von Atomwaffeneinsätzen betroffenen Städte Hiroshima und Nagasaki. Dies hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Allein in diesem Jahr finden weltweit, darunter auch in vielen Orten der Bundesrepublik, am 6. August Atomwaffenproteste in vielfältiger Weise statt - Hiroshima ist nicht allein mehr eine trauervolle Reminiszenz, Hiroshima ist die seit einiger Zeit immer unüberhörbarere Mahnung, endlich mit der atomaren Abrüstung zu beginnen.

Zum Hiroshima-Tag ist festzuhalten:

- Insbesondere die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten mißachten auf zynische und durch nichts mehr zu verantwortende Weise die im atomaren Nichtverbreitungsvertrag (Non-proliferation-Treaty) 1968 eingegangene völkerrechtliche Verpflichtung auf atomare Abrüstung - obwohl sie selbst diese Verpflichtung in den Vertragstext hinein formulierten;
- aufgrund der Nichterfüllung dieser Verpflichtungen haben die Atommächte Frankreich und China den Nichtverbreitungsvertrag noch nicht unterschrieben und testen sogar weitere



Atombomben über der Erde, worauf die atomaren Supermächte seit 1963 verzichteten;

- nicht einmal ein umfassendes Atomteststopp-Abkommen, spätestens seit 1963 versprochen, ist bisher zustande gekommen. Der einzige Grund hierfür ist, daß die atomaren Supermächte - allen voran die Vereinigten Staaten - sich nicht davon abhalten lassen wollen, weitere neue Atomsprengköpfe zu testen;
- die Atomkräfte provozieren die Gefahr, daß aufgrund ihrer Weigerung, ihre atomare Abrüstungsverpflichtung einzulösen, sich demnächst zahlreiche Länder in der Dritten Welt auf eine nukleare Aufrüstung stürzen. Spätestens von diesem Zeitpunkt an würde die Zeituhr eines nahenden Atomkrieges zu ticken beginnen.

Der morgige 6. August sollte deshalb dazu beitragen, daß sich bei möglichst allen Menschen das Bewußtsein und der Wille zu kurzfristig anzustrebender atomarer Abrüstung einprägt. Man kann verstehen, daß die Menschen den vielen feierlichen Deklarationen und Absichtsbekundungen gegen atomare Gefahren nicht mehr glauben, solange es immer weitere atomare Aufrüstungsschritte gibt. Die Menschen wollen und müssen endlich die entsprechenden politischen Taten sehen.

(-/5.8.1983/bgy/va)

+ + +



Die Sprachtäuscher der Union

Arbeitslosigkeit soll semantisch verniedlicht werden

Von Heinz Westphal MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Es ist auffällig und bestimmt kein Zufall, wenn zwei Tage nacheinander in öffentlichen Äußerungen von CDU-Abgeordneten das Thema Arbeitslosigkeit in fast wortgleichen Formulierungen semantisch heruntergespielt wird: Von der "immer noch hohen Arbeitslosigkeit" und der "immer noch unerträglich hohen Arbeitslosigkeit" ist da die Rede bei Alfons Müller (Wesseling), dem KAB-Chef, und bei Matthias Wissmann, der sich seine Anerkennung als wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion erst noch verdienen muß.

Die Arbeitslosigkeit sei also "immer noch" hoch. Wie wahr! Aber in dieser Rede-weise wird doch bewußt der Eindruck suggeriert, es läuft schon alles richtig; der Restposten Arbeitslosigkeit wird auch in Kürze abgebaut sein. Der Bürger soll verführt werden, zu glauben, man sei auf dem besten Weg, selbst dieses Thema zu meistern...

Doch so billig darf man die Sprechtäuscher der Unionsfraktion nicht davon kommen lassen. Tatsache ist, daß die CDU/CSU im Herbst 1982 mit der überheblichen Formel auftrat, wenn sie an die Regierung käme, wäre allein dadurch schon die Hälfte des Problems Arbeitslosigkeit gelöst. Tatsache ist, daß seit dem Oktober 1982 die Zahl der Arbeitslosen nicht gesunken, sondern gestiegen ist, und zwar um fast 400.000! Zu den Fakten gehört auch, daß die Regierung Kohl mit ihren zuständigen Ministern Stoltenberg, Lambsdorff und Blüm für das kommende Jahr 1984 mit einer noch höheren durchschnittlichen Arbeitslosigkeit rechnet als in diesem Jahr.

Da werden sich die Kollegen mit der Verniedlichungsformel der "immer noch hohen" Arbeitslosigkeit bald etwas Neues ausdenken müssen, um die eigene Erfolglosigkeit zu kaschieren. Eine andere Politik ist gefragt, nicht eine andere Rhetorik.

(-/5.8.1983/bgy/va)

+ + +



Fortschritt à la Lothar Späth

Was uns die dezentralen Arbeitsplätze an Problemen bringen

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

In einigen Bereichen haben die "Südstaaten" die Vorreiterrolle für die Regierung Kohl übernommen. Von dort kommen nicht nur die forschenden Anforderungen an die Regierungsmannschaft, hier oder dort etwas fester zuzupacken (Demonstrationsstrafrecht und so weiter). Man macht auch selbst Nägel mit Köpfen. Von einer breiten Öffentlichkeit noch weitgehend unbemerkt läuten Bayern und Baden-Württemberg entscheidende Runden auf dem Weg in ein neues Technologiezeitalter ein.

In Bayern beschloß die Staatsregierung gerade, die Ergebnisse des Kabelpilotprojektes München erst gar nicht abzuwarten, sondern gleich mit der landesweiten Einführung des Kabelfernsehens loszulegen.

In Baden-Württemberg beginnt in diesem Jahr der erste "Modellversuch zur Schaffung von dezentralen Arbeitsplätzen unter Einsatz von 'teletex'".

Unter "teletex" versteht man einen neuen Fernmeldedienst der Bundespost, der es möglich macht, elektronisch gespeicherte Texte mit gegenüber bisher 30fach gesteigerter Geschwindigkeit zu übertragen. Das System ist natürlich in allen Wirtschaftszweigen nutzbar.

Verkauft wird das ganze Projekt mit Verweisungen auf eine geradezu idyllische Vorstellung vom Arbeitsplatz im eigenen Wohnzimmer. Selbst die katholischen Bischöfe entdeckten hier die Möglichkeit einer Überwindung der Trennung von Familie und Arbeit. Und es fällt einem noch mehr Positives ein: kein Ärger mehr mit Arbeitskollegen, die Kinder lassen sich nebenbei versorgen, man teilt sich die Arbeit selbst ein, keine Anfahrtswege, weniger Autos auf den Straßen und so weiter.

Aber leider sieht die Realität ganz anders aus. Neben den nur in ihrer Höhe noch umstrittenen Arbeitsplatzverlusten als Folge dieser Rationalisierung von Arbeitsvorgängen ist die Perspektive für die betroffenen "Heimarbeiter" alles andere als rosig.

Folgende Alternativen sind denkbar:

1. Ehemalige Angestellte werden "verselbständigt", das heißt ein(e) Heimarbeiter(in) stellt den eigenen zu Hause stehenden Bildschirm für Auftragsarbeiten zur Verfügung. Der gesamte arbeitsrechtliche Schutz für Normalarbeitnehmer wäre damit ausgeschaltet. Selbst die eingeschränkten Bestimmungen des Heimarbeitsgesetzes fänden keine Anwendung. Den Nutzen hätten allerdings die Unternehmen. In konjunkturschwachen Zeiten gäbe es keine überschüssigen Kapazitäten mehr. Wie die Heimarbeiter damit fertig werden, wäre allein ihre Angelegenheit.
2. Leiharbeitsfirmen bieten den Unternehmen Heimarbeiter an. Hier ist der arbeitsrechtliche Schutz nur nach dem Heimarbeitsgesetz gewährleistet. Das Unternehmen, das die Dienste in Anspruch nimmt, erreicht ebenfalls einen optimalen Auslastungsgrad bei minimalen Kosten.



3. Das Unternehmen stellt die Heimarbeiter selbst an. Unklar ist, nach welchen Kriterien bezahlt wird. Bei Heimarbeit ist oft Stückentlohnung üblich, was natürlich bei Bildschirmarbeitsplätzen (Bezahlung nach Anschlägen oder Zeilen) zu einem immensen Arbeitsdruck führt. Bereits jetzt liegen die Stundenlöhne zwischen 2,93 und 10,33 DM bei Heimarbeit erheblich niedriger als sonst. Als Lohndrücker lassen sie sich dann gegenüber im Betrieb Arbeitenden verwenden.

In allen drei Fällen ergeben sich Risiken und Probleme, die alle zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

- Die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen kann nur schlecht kontrolliert werden.
- Weiterqualifizierungsmöglichkeiten entfallen. Betroffen sind natürlich vor allem Frauen, deren Anteil bei der Heimarbeit schon jetzt bei 93 Prozent liegt.
- Vereinsamung und Kontaktarmut werden gefördert.
- Gewerkschaftliche Interessenvertretung ist erheblich erschwert. Schon jetzt liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei Heimarbeitern unter ein Prozent.
- Kinderarbeit und Nachtarbeit sind wieder denkbar. Die Einhaltung von Mutterschutzvorschriften ist kaum nachprüfbar.
- Da eine bedarfsorientierte Arbeitszeit im Interesse der Unternehmen liegt, wird durch die Hintertür das System der KAPOVAZ (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) eingeführt werden können.
- Bei Beschädigungen der Geräte zum Beispiel durch Kinder treten Haftungsfragen auf.

Wer sich dies alles vor Augen führt, muß zu dem Schluß kommen, daß eine derartige Entwicklung verhindert werden muß. Diejenigen, die der baden-württembergische Modellversuch zu fördern vorgibt (familiär gebundene Frauen und Behinderte, die in ihrer Bewegungsfreiheit stark beschränkt sind), werden noch weiter in Randbereiche abgedrängt. Dafür werden dann in Massen betriebliche Arbeitsplätze abgebaut. Statt einer Integration von Frauen und Behinderten ins gesellschaftliche und Berufsleben und der Bereitstellung sozialer Aufstiegsmöglichkeiten werden sie zu Billigstarbeitskräften, die das Gesamtproblem der Arbeitslosigkeit noch verschärfen.

Die Gewerkschaften werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen müssen, um diesen Zug noch zu stoppen. (-/5.8.1983/bgy/va)

+ + +



DOKUMENTATION

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Daubertshäuser, hat sich in einem Schreiben an Verkehrsminister Dollinger enttäuscht über die Behandlung geäußert, die er der Arbeit der Opposition zukommen läßt:

"Mißachtung der parlamentarischen Arbeit"

"Sehr geehrter Herr Dollinger!

Mit Bestürzung habe ich das 'Druckwerk' der Bundesregierung zur Kenntnis genommen, das als Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage (10/157) zur Ordnungspolitik im Güterverkehr ausgegeben wurde.

Sicher könnte man nach dem Motto verfahren: 'Keine Antwort ist auch eine Antwort' und zur Tagesordnung übergehen.

Dies wäre jedoch im Hinblick auf die Bedeutung der ordnungspolitischen Fragen im Güterverkehr für die Verkehrswirtschaft und Nutzer verantwortungslos. Ich habe nicht die Absicht, der Bundesregierung nachzueifern; deshalb kündige ich Ihnen hiermit an, daß wir uns nicht mit den Darstellungen in der Drucksache 10/238 zufriedengeben werden. Die Ordnungspolitik wird bei uns weiter auf der Tagesordnung bleiben.

Wir wollen von der Bundesregierung keine nichtssagenden Allgemeinplätze, die teilweise in einer brüskierenden Knappheit formuliert wurden, sondern wir wollen in diesen wichtigen verkehrspolitischen Fragen präzise und nachvollziehbare Antworten.

Wir haben unsere Kleine Anfrage nicht etwa gestellt, um ein Soll zu erfüllen, sondern weil wir konkret, das heißt in den nachgefragten Einzelpunkten für uns und die Öffentlichkeit nachprüfbar machen wollen, welcher Weg wirklich eingeschlagen wird.

Bleibt es in der Tagespolitik tatsächlich bei einer grundsätzlichen Beibehaltung des ordnungspolitischen Rahmens oder setzen sich in der aktuellen Politik nicht bereits die durch, die den Verkehrsmarkt zu einer Veranstaltung eines krassen Manchester-Liberalismus deformieren wollen?

Die Bundesregierung hat die Dürftigkeit Ihrer 'Antwort' offensichtlich mit der Bemerkung entschuldigen wollen, 'sie erarbeite gegenwärtig erst die verkehrspolitischen Vorstellungen für die 10. Legislaturperiode'.

Nun, wir werden Ihnen Zeit für Ihre Hausaufgaben geben und gegebenenfalls zu gegebener Zeit erneut eine derartige Kleine Anfrage zur Ordnungspolitik einbringen.

Ich möchte Sie jedoch bereits heute darauf aufmerksam machen, daß bei einer Wiederholung dieser Aneinander-Reihung von ausweichenden Antworten ich meine Fraktionsführung bitten werde, diesen Sachverhalt im Präsidium beziehungsweise im Ältestenrat des Deutschen Bundestages zur Sprache zu bringen, weil darin eine Mißachtung der parlamentarischen Arbeit zum Ausdruck kommt.

Mit freundlichen Grüßen"

(-/5.8.1983/bgy/va)

